

Beschlüsse der CDU-Landtagsfraktion zum Haushalt 1990

SPD verpaßt Chance NRW-Schulden zu senken

Die CDU-Landtagsfraktion hat am 28. November 1989 erneut den Haushaltsentwurf 1990 beraten und dabei ihre Linie für die 2. Lesung des Haushalts festgelegt. Hierzu erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hartmut Schauerte:

Der Landeshaushalt 1990 hat nach den Vorstellungen der Landesregierung (Entwurf plus Ergänzungsentwurf) ein Volumen von 66,333 Mrd. DM. Danach beträgt die Steigerungsrate gegenüber dem Haushalt 1989: 3,7%. Noch bei der Einbringung des Haushalts 1990 hatte sich der Finanzminister damit gebrüstet, daß er die Empfehlung des Finanzplanungsrates (Steigerung nicht höher als 3%) einhalte und der Bund mit 3,4% dieses Ziel überschreite. Nunmehr ist festzustellen: Die Steigerung beim Bund beträgt aufgrund von Ausgabekürzungen genau 3%; im Land NRW wird die Zielzahl von 3% aufgrund der Entscheidungen der Landesregierung zum Haushaltsergänzungsentwurf mit 3,7% deutlich überschritten.

Die CDU hat zum Haushalt 1990 folgende Schwerpunkte beschlossen:

1. Konsolidierung des Landeshaushalts (deutliche Reduzierung der Schuldenaufnahme)

2. Zusätzliche Förderungen in den Bereichen Familie, Wohnungsbau, Schule und innere Sicherheit.

Zur Umsetzung dieser Ziele wird die CDU im wesentlichen folgendes beantragen:

■ Bereich Familie — einschließlich Freizeitbereich (+ 211 Mio. DM):

Schaffung der Voraussetzung für die Zahlung eines 6monatigen Erziehungsgeldes in Höhe von 600,— DM monatlich (+ 64 Mio. DM);

Sicherstellung, daß alle Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen gefördert werden können (+ 5 Mio. DM);

Deckung des dringenden Bedarfs an zusätzlichen Kindergartenplätzen (+ 25 Mio. DM);

Förderung der ehrenamtlichen sozialen Arbeit (+ 7 Mio. DM);

Ausweitung in den Bereichen Altenhilfe und sozialen Hilfen — insbes. Bau von zusätzl. Altenheimplätzen (+ 80 Mio. DM);

Verstärkung der Drogenbekämpfung (+ 13 Mio. DM);

Modernisierung und Ausbau des Münsterland-Stadions (+ 5 Mio. DM);

Förderung der Musikvereine und Chöre in Nordrhein-Westfalen (+ 5 Mio. DM);

Förderung der Übungsarbeit in Sportvereinen (+ 3 Mio. DM).

■ Wohnungsbau (+ 110 Mio. DM):

Bereitstellung weiterer Komplementär-mittel des Landes im Rahmen der Wohnungsbauprogramme des Bundes. Der vorgesehene Ansatz im Haushalt wird von 235 Mio. DM um rd. 47% auf 345 Mio. DM erhöht und damit der Ansatz von 1989 fast verfünffacht.

■ Bereich Schule (+ 30 Mio. DM):

Sicherstellung, daß jede freiwerdende Lehrerstelle mit einem neuen Lehrer besetzt werden kann. 1990 werden rd. 3.000 Lehrerinnen und Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden. Deshalb müssen noch Mittel bereitgestellt werden.

■ Innere Sicherheit (+ 22,7 Mio. DM):

Verstärkung des gehobenen Dienstes bei Schutz- und Kriminalpolizei um 800 Stellen zu Lasten des mittleren Dienstes; Ausgleich des Fehlbestandes bei der Polizei zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung um 900 zusätzliche Anwärterstellen. Diese Ausgabenerhöhungen will die CDU im wesentlichen mit folgenden Ausgabenkürzungen decken:

Ausschöpfung der verfahrensmäßigen und gesetzlichen Möglichkeiten bei der Anerkennung von Asylbewerbern; hierdurch ist ein geringerer Bedarf nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz bis zu 100 Mio. DM zu erwarten.

Um Baukapazitäten und Mittel für den Wohnungsbau freizumachen, sind Bau-maßnahmen des Landes in spätere Jahre zu verschieben (= 66,4 Mio. DM);

Verschiebung von Beschaffungsmaßnahmen in Landesverwaltungen mit Ausnahme der Polizei- und Hochschulbereiche (= 45 Mio. DM); Einsparungen bei den Zinsausgaben, weil aufgrund höherer Steuereinnahmen in den Jahren 1989 und 1990 mit erheblich geringeren Schuldenaufnahmen zu rechnen ist (- 200 Mio.

DM). So werden im Jahre 1989 überplan-mäßige Steuereinnahmen von 2,5 Mrd. DM erwartet, so daß die für 1989 mit 5,3 Mrd. DM geplanten Schuldenaufnahmen auf weniger als 3,3 Mrd. DM reduziert werden können.

Im Ergebnis betragen die von der CDU vorgeschlagenen Ausgabenkürzungen rd. 429 Mio. DM. Hiermit können nicht nur die o.g. Ausgabenerhöhungen der CDU (rd. 374 Mio. DM) gedeckt, sondern auch die von der Landesregierung geplante **Steigerungsrate zurückgeführt** werden.

Bei den Einnahmen rechnet die CDU mit 1,6 Mrd. DM zusätzlichen Steuereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung vom November 1989. Weiterhin ist die Sonderrücklage bei der WestLB in Höhe von 69 Mio. DM aufzulösen und im Landeshaushalt zu vereinnahmen, so daß insgesamt rd. 1,7 Mrd. DM an zusätzlichen Einnahmen zur Verfügung stehen werden. Nach Abzug des Gemeindesteueranteils an den Steuermehreinnahmen in Höhe von 327 Mio. DM und unter Berücksichtigung der von der Landesregierung mit der Ergänzung zum Haushaltsentwurf vorgenommenen, **nicht gedeckten** Ausgabenerhöhungen (316 Mio. DM) verbleiben zur Verminderung der Schuldenaufnahmen rd. 1,1 Mrd. DM, so daß die mit 6 Mrd. DM geplanten Schuldenaufnahmen im Jahre 1990 auf deutlich unter 5 Mrd. DM reduziert werden können. Dies ist angesichts der von der Landesregierung für 1990 angepeilten Gesamtverschuldung des Landes von 111 Mrd. DM auch dringend erforderlich.

Dazu erklärte **Hartmut Schauerte**:

„In einer Zeit sprudelnder Steuerquellen, die dem Land im kommenden Jahr 51,5 Milliarden DM und damit 1,8 Milliarden DM mehr einbringen als ursprünglich ge-

Unredlichkeit der NRW-SPD bei der Neuregelung des Jugendhilferechts entlarvt

Während die SPD in Nordrhein-Westfalen bei der Neuregelung des Kinder- und Jugendhilferechts lautstark einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz fordert, hat die Mehrheit des Finanzausschusses im Bundesrat — es handelt sich um die sechs SPD-regierten Länder, also auch NRW — gleichzeitig das Jugendhilferecht mit dem Hinweis auf die erwarteten Mehrkosten durch die neu zu schaffenden Kindergartenplätze abgelehnt.

Der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, **Antonius Rüsenberg**, erklärte dazu in Düsseldorf: „Durch diese Handlungsweise wird die Doppeltzungigkeit der SPD-Regierung Rau für jedermann offenkundig. Sie hat sich als

ernstzunehmender Partner in dieser Diskussion selbst disqualifiziert. Wer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf propagiert, ein Frauenförderungsgesetz als ihren Erfolg feiert, muß auch tatsächlich zu den notwendigen Konsequenzen, z. B. bei der Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen in Nordrhein-Westfalen bereit sein. Allen familienpolitischen Absichtserklärungen der SPD in NRW wird hier durch ihre Mitwirkung an dem Beschluß des Finanzausschusses des Bundesrates der Boden entzogen. Wir fordern weiterhin energische Anstrengungen von der SPD, um die Zahl der fehlenden Kindergartenplätze von derzeit ca. 100 000 abzubauen. Es ist unredlich, massive Kritik gegenüber der Bundesregierung zu üben, aber seiner eigenen Verantwortung in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend gerecht zu werden.“

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

plant, verpaßt Finanzminister Schleusser die historische Chance, die erdrückenden Schuldenlasten des Landes nicht weiter wachsen zu lassen. Das spricht aller finanzpolitischen Solidität Hohn. Mit 5,1 Prozent Haushaltssteigerung wird die Zielzahl von 3 Prozent Steigerung, die der Finanzplanungsrat vorgesehen hatte, deutlich verfehlt. Die von Schleusser vorgesehenen 800 Millionen DM zur Senkung der Neuverschuldung sind zu wenig. Die von der CDU geforderte Senkung der Neuverschuldung für 1990 auf deutlich unter 5 Milliarden DM muß das Ziel der weiteren Haushaltsberatungen bleiben.“

Neuer Vorstand der Europa-Konferenz

Elmar Brok, MdEP, ist vom Landesvorstand zum neuen Vorsitzenden der Europa-Konferenz der CDU NRW bestimmt worden. Stellvertreter wurden: Dr. Otmar Franz, MdEP, und Dr. Heinrich Hoffschulte; Beisitzer: Heinrich Meuffels, MdL, Jürgen Wahl, Marlene Lenz, MdEP, Peter Fröhlingsdorf, Hans-Werner Dahl, Heinrich Meyers, Hedwig Keppelhoff-Wiechert, MdEP, Thomas Kropp, Dr. Adalbert Düllmann, Dr. Jürgen Kämpgen, Klaus Welle und Martin-Egon Ecker.

Senioren-Union gegen Diffamierung von Soldaten

Einstimmig hat die Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen auf ihrem 2. Landesdelegiertentag in Münster beschlossen, das Eintrittsalter nunmehr auch für Männer auf 60 Jahre zu senken. Der Senioren-Union Nordrhein-Westfalen sind im ersten Jahr ihres Bestehens bereits über 10000 Mitglieder beigetreten.

Ebenfalls einstimmig haben die Delegierten eine Resolution zum sogenannten „Frankfurter Mörder-Urteil“ verabschiedet. In der Erklärung heißt es u. a.: „Die Senioren-Union NRW respektiert grundsätzlich den Urteilsspruch jedes unabhängigen bundesdeutschen Gerichts. Unsere demokratische Überzeugung verbietet es uns jedoch, eine Diffamierung unserer

Soldaten und ihrer Angehörigen hinzunehmen.

Unsere Richter sind Staatsbürger in der Robe. Unsere Soldaten sind Staatsbürger in Uniform. Die Richter tragen zum inneren Frieden unserer Demokratie bei. Die Soldaten leisten ihren Beitrag für den äußeren Frieden unseres Staatswesens.

Beide leisten ihren Beitrag zur Verteidigung unserer Demokratie nach innen und nach außen. Im Ernstfall verteidigen unsere Soldaten unter Einsatz ihres Lebens auch unsere Richter. Deshalb werden wir dafür kämpfen, daß Soldaten nicht als potentielle Mörder verunglimpft werden. Sie sollen nicht mehr auf diese Art in ihrer persönlichen und beruflichen Ehre verletzt werden.“

Blüm-Broschüre jetzt anfordern!

„Ich will wiedervereignet werden!“

In seiner Rede auf der **Landesvertreterversammlung in Münster-Hiltrup am 25. November 1989** hat der Landesvorsitzende Norbert Blüm eindeutige Bekenntnisse zu Nordrhein-Westfalen und zu Deutschland abgelegt. Zur deutschlandpolitischen Situation sagte er unter anderem: „Eine Nation hat sich umarmt, deshalb verstehe ich nicht die Berührungsängste und die Ausdruckshemmung. Ja, ich sage: Ich will wiedervereignet werden, ich will in einem wiedervereinigten Deutschland leben!“

Als sichtbares Zeichen seines Erneuerungswillens für NRW präsentierte Blüm den Delegierten vier Kandidaten, die einhellige Zustimmung fanden. Dazu sagte er: „Wer erneuern will, und wir wollen Nordrhein-Westfalen erneuern, der muß bei sich selber beginnen. Wir brauchen eine neue Mischung zwischen Unbefangenheit und Erfahrung.“

Der vollständige Text seiner Rede kann jetzt in Form einer Broschüre bei der **CDU Nordrhein-Westfalen, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Herrn Michael Obst, Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1**, kostenlos angefordert werden.